

Neoliberalismus und Soziale Marktwirtschaft in der FAZ. Vom Ordoliberalismus bis zu den Reformen Thatchers und Reagans

Neo- und Ordoliberalismus

Politische Begriffe sind nie neutral oder unschuldig. Sie werden in polemischer Absicht geprägt und umgeprägt. In ihrer Geschichte entfernen sie sich oft von ihrem Ursprung und bezeichnen am Ende bisweilen das Gegenteil des einst Gemeinten. So war der Begriff „Neoliberalismus“, wie ihn Alexander Rüstow 1938 beim Colloque Lippmann einführt, gerade nicht als Bezeichnung für einen „Marktradikalismus“ gedacht. Die damals debattierten Alternativen wie sozialer Liberalismus oder *libéralisme de gauche* zeigen das deutlich. Vielmehr sollte ein erneuter, Regeln setzender Liberalismus den klassischen *Laissez-faire*-Liberalismus überwinden. Dieser, von einem durchaus starken Staat ausgehende Liberalismus, war unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise geradezu als Dritter Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus konzipiert worden. Der Neo-Liberalismus der deutschen Ordoliberalen war umfassender angelegt als eine bloße ökonomische Theorie, das Menschenbild ganzheitlicher als die Annahme eines rational kalkulierenden Teilnehmers am Wirtschaftsleben. Zugleich konkurrierten andere Schulen mit den deutschen Ordoliberalen bei der Neuformulierung des Liberalismus. So war die Wiener Gruppe um Ludwig von Mises und Friedrich August von Hayek skeptischer gegenüber dem Staat, ebenso die Chicago School, aus der Milton Friedmann hervorging.¹

Mit der Spaltung der Mont Pèlerin Society, in der sich seit 1947 die Neoliberalen des englisch- und deutschsprachigen Raums gesammelt hatten, verengte sich der Neoliberalismus, zumindest in der Rezeption. Zu Beginn der

1 Vgl. dazu Philip Plickert: *Wandlungen des Neoliberalismus. Eine Studie zu Entwicklung und Ausstrahlung der „Mont Pèlerin Society“*. Stuttgart 2008. Die ursprüngliche Bedeutung des Begriffs „Neoliberalismus“ ist selbst in Studien von Historikern oft nicht mehr präsent, vgl. etwa Philipp Ther: *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa*. Berlin 2014, S. 22-26; Ariane Leendertz: *Zeitbögen, Neoliberalismus und das Ende des Westens, oder: Wie kann man die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts schreiben?* In: *Vierteljahrsshefte für Zeitgeschichte* 65 (2017), S. 191-217. In diesen beiden Studien wird Plickerts Werk auch gar nicht erst angeführt.

1960er Jahre war der Streit zwischen Ordoliberalen und Radikalliberalen eskaliert. Die Ordoliberalen kritisierten den Reduktionismus der angelsächsischen Schule. Der Präsident der Mont Pèlerin Society Wilhelm Röpke verließ diese Ende 1961. Die Gesellschaft veränderte sich in der Folge im Sinne des heutigen, meist pejorativ gebrauchten Begriffs Neoliberalismus mit einer Stoßrichtung gegen den Staat. Dazu trug auch der praktische Beratungserfolg bei, den die Neoliberalen um Milton Friedman in den Administrationen von Ronald Reagan und Margaret Thatcher erzielten.

Die Freiburger Schule um Walter Eucken und Franz Böhm sowie die Ideen des Genfer Ökonomen Röpke und des Heidelberger Sozialwissenschaftlers Alexander Rüstow bildeten dagegen weiterhin das stabile Kerngerüst des Ordoliberalismus, wobei zwischen den umfassender theoretisierenden Rüstow und Röpke einerseits und Euckens Konzentration auf das Wirtschaftsgeschehen andererseits ebenfalls Differenzen auszumachen sind.² Ihr gemeinsames Sprachrohr war die *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)*, in welcher Gründungsherausgeber Erich Welter die Redakteure zur Lektüre von Euckens Werken verpflichten wollte.³

Kern des Ordoliberalismus, wie ihn Walter Eucken entfaltet hat, ist die Gewährleistung eines funktionsfähigen Preissystems, das vor allem durch Unterbindung von Eingriffen in die freie Preisbildung garantiert werden soll. Dazu dient ferner die Währungsstabilität, weswegen Eucken ein Pramat der Währungspolitik fordert, offene Märkte, Privateigentum, eine Konstanz der Wirtschaftspolitik, das Haftungsprinzip und Vertragsfreiheit. Hinzu kommen vier regulierende Prinzipien, entscheidend ist eine Unterbindung von Monopolen und Kartellen seitens des Staates, dann eine Einkommenspolitik zur Gewährleistung eines geringen Lebensstandards, die Korrektur externer Effekte und die Berücksichtigung anomaler Angebote auf dem Arbeitsmarkt.⁴ Eucken ging erstaunlicherweise so weit, die Antithese von „*Laissez-faire* und *Planwirtschaft*“ für trostlos und ein „*törichtes Entweder-Oder*“ zu halten, wie er Erich Welter schrieb.⁵ Allerdings versuchte Eucken gerade die Mannigfaltigkeit staatlicher Interventionen in das Marktgeschehen und vor allem die Abschottung im Dienste einer Autarkiepolitik zugunsten von „*Leistungswettbewerb*“ und ein „*Hereinwachsen in die Weltwirtschaft*“ zu überwinden, wie er Silvester 1949 in der *FAZ* verlautbarte.⁶

2 Hans Jörg Hennecke: *Wilhelm Röpke: Ein Leben in der Brandung*. Stuttgart 2005, S. 219-225.

3 Brief von Erich Welter an Jürgen Eick, 30.10.1957. In: Bundesarchiv Koblenz (BArch) NL Erich Welter, N1314/ 55.

4 Vgl. das postum erschienene Werk von Walter Eucken: *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, hrsg. von Edith Eucken-Erdsiek und Karl Paul Hensel, Bern/Tübingen 1952.

5 Eucken an Welter, 3.2.1950. In: BArch NL Welter, N 1314/57.

6 Walter Eucken: Von der alten zur neuen Wirtschaftspolitik. In: *FAZ*, 31.12.1949, S. 11.

Ordo- wie Neoliberalismus gaben für die Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft entscheidende Impulse. Ludwig Erhard schätzte freilich das Attribut in der Begriffsschöpfung seines Staatssekretärs Alfred Müller-Armack, also das „Soziale“, gar nicht. Denn Erhard hielt die freie Marktwirtschaft an sich schon für sozial.⁷

Der Neoliberalismus geriet dann als Begriff bis zu den 1970er Jahren einigermaßen in Vergessenheit. Daran war auch bewusst die *FAZ* beteiligt, denn der mächtige Gründungshersteller Erich Welter untersagte die Verwendung des Begriffs „neoliberal“. In einem Brief aus dem Jahr 1962 an seinen Ressort-Mitarbeiter Hans Herbert Götz nannte Welter den Begriff „selbstmörderisch“ und wollte „am liebsten die Herausgeberschaft in der Zeitung niederlegen, wenn es mir nicht gelänge zu verhindern, dass wir uns selber als ‚neoliberal‘ abstempeln.“⁸ Heute, da der Begriff „Neoliberalismus“ für alles Böse steht und inhaltlich von seinen Ursprüngen abgekoppelt wurde, wird deutlich, wie recht Welter hatte. Über lange Jahre gelang es, den Begriff aus der Wirtschaftssprache hinauszuhalten, bis ihm in den 1990er Jahren eine neue Konjunktur zukam, wobei er freilich eine eindeutige politische Stoßrichtung bekam. Er zielt nun auf eine Diskreditierung der freien Marktwirtschaft an sich und enthält implizit ein Plädoyer für umfassende Regulierung, für Steuern als Instrument zur Reduzierung von Ungleichheit und ähnliches mehr.

Die *FAZ* trug freilich nicht nur zu dieser eher ephemeren Begriffsgeschichte bei, sie kämpfte auch wesentlich dafür, dass die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland Akzeptanz fand und behielt. Das war kein einfaches Unternehmen, wie im Folgenden gezeigt werden wird, zumal die Zeitung ohne einen Verlagskonzern im Hintergrund sich selbst erst mühsam wirtschaftlich konsolidieren musste. Zum Schluss wird ein Blick darauf geworfen, wie die *FAZ* über die „neoliberalen“ Reformen Thatchers und Reagans berichtete.

Nachkriegsstimmung in Deutschland contra Marktwirtschaft

Die Stimmung nach dem Zweiten Weltkrieg war in Deutschland alles andere als marktwirtschaftlich. Zwar konnten die Ordoliberalen in den Westzonen mit Erhards partieller Aufhebung der Preisbindung und dem „Leitsätzege- setz“ vom 21. Juni 1948 einen ersten großen Erfolg feiern. Die von Eucken nachdrücklich geforderte Kappung der deutschen Kartelltradition gelang in

7 Gilbert Ziebura/Michael Bonder/Bernd Röttger: Deutschland in einer neuen Weltära. Die unbewältigte Herausforderung. Opladen 1992, S. 153.

8 Welter an Götz, 2. Juni 1962, in: BArch N 1314/221.

den 1950er Jahren allerdings nur mit vielen Ausnahmen. Den Ordoliberalen schlug ein rauer ideologischer Wind ins Gesicht. Die SPD war bis zum Godesberger Programm von 1959 und teilweise auch noch danach auf Sozialisierungskurs, was sich übrigens auch in der Hessischen Verfassung niederschlug (Art. 41). Das gilt erst recht für den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und seine Einzelgewerkschaften. Der DGB schwächte erst in den 1960er Jahren die Sozialisierungsforderungen für die Groß- und Schlüsselin industrien ab. Ferner gab es ja auch noch eine, zeitweise parlamentarisch vertretene, orthodoxe Kommunistische Partei in Deutschland, bis sie 1956 vom Bundesverfassungsgericht verboten wurde. Aber auch der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und der Arbeitgeberverband ließen es zuweilen an sozial-marktwirtschaftlicher Eindeutigkeit und der Verwendung des Begriffs ermangeln. Dies monierte etwa der Geschäftsführer des Unternehmenszusammenschlusses DIE WAAGE, Hans Wellmann, in seiner bei Müller-Armack entstandenen Dissertation von 1960.⁹

Die FDP war als einzige der bei Bundestagswahlen dauerhaft erfolgreichen Parteien marktwirtschaftlich gesinnt, hatte in ihrem Plädoyer für die freie Marktwirtschaft aber eher das klassisch liberale Programm im Angebot, weniger die ordoliberalen Fortentwicklungen. Die CDU schließlich hatte sich in ihrem berühmten Ahlener Programm 1947 zu Verstaatlichung und starker Mitbestimmung der Arbeiterschaft bekannt. Erst mit den Düsseldorfer Leitsätzen Ludwig Erhards vom 15. Juli 1949 vollzog die Union die Wende. Der Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ wurde aber weiterhin einerseits vom Arbeitnehmerflügel der Union, von SPD und Gewerkschaften als Euphemismus attackiert, andererseits war er in der Bevölkerung entweder wenig bekannt oder wurde fehlinterpretiert.

Die FAZ berichtete im Juni 1950 über eine Allensbach-Umfrage, nach der über die Hälfte der Interviewten auf die Frage, was die Soziale Marktwirtschaft sei, geantwortet habe: „Keine Ahnung“. 19 Prozent der befragten Personen verbanden mit dem Begriff fälschlicherweise die „Wirtschaftspolitik des kleinen Mannes“, acht Prozent der Befragten meinten gar, der Begriff bezeichne die „Planwirtschaft“, drei Prozent meinten, der Begriff sei schlicht Unsinn. Unter den Anhängern der CDU, die später gerne mit dem Etikett warb, gab es sogar den höchsten Anteil derer, die nichts mit dem Begriff verbinden konnten.¹⁰ Zwei Jahre später verschlechterte sich die Sachgemäßheit der sicher auch nicht sehr präzise vorformulierten Antworten sogar noch.¹¹

Im Jahr 1951 sprach sich knapp die Hälfte aller Befragten für eine Planwirtschaft – im Sinne gebundener Preise – aus, während nur ein gutes Drittel

9 Hans Wellmann: Die Soziale Marktwirtschaft im Spiegel von Meinungsumfragen. Diss. Köln 1962.

10 Was ist „Soziale Marktwirtschaft“? In: FAZ, 19.6.1950, S. 2.

11 Wellmann: Soziale Marktwirtschaft (wie Anm. 9), S. 2-26.

der Befragten die Soziale Marktwirtschaft, d. h. freie Preisbildung, bevorzugten, und das zur Zeit der Korea-Hausse. Erst 1952 änderte sich das. Es überrascht nicht, dass FDP- und Unionsanhänger sowie Abiturienten stärker zur Sozialen Marktwirtschaft tendierten als andere Bevölkerungsgruppen. Im westeuropäischen Vergleich fiel die Bundesrepublik mit dieser politischen Kultur übrigens nicht besonders auf. Wellmann erkannte eine Gefährdung der Sozialen Marktwirtschaft weniger in einer radikalen Abkehr als in einer „Vielzahl von nicht kompatiblen Maßnahmen, die zur Durchlöcherung des ordnungspolitischen Grundgedankens beitragen [...].“¹² Wie die Debatten um die Arbeitslosigkeit 1950, die Hochkonjunktur und die Gefahr der Überhitzung mit dem Koreakrieg kurz darauf, die Außenwirtschaftspolitik und die die ganzen fünfziger Jahre währende Kartelldebatte, schließlich die Aufwertungsdebatten (1960 und 1969) und die Auseinandersetzungen um die Agrarsubventionen zeigen, war das „ordnungspolitische Gewissen“ Herausforderungen und Attacken von unterschiedlicher Seite ausgesetzt. Immer wieder wurden Staatsinterventionen, Bewirtschaftungsmaßnahmen und Preisbindungen gefordert.¹³

Als größte Herausforderung sahen die Ordoliberalen die Verankerung des komplexen Wissens über die Soziale Marktwirtschaft in der Bevölkerung, was ungleich schwieriger angesichts der deutschen Staatsgläubigkeit und der Eingängigkeit kommunistischer Wirtschaftsvorstellungen sei.¹⁴ Zudem hieß es in der FAZ durchaus demokratiekritisch, dass die Mehrzahl der Deutschen angesichts ihrer rudimentären Schulpbildung „nur denkbar geringe Voraussetzungen“ besitze, „um sich innerhalb der komplizierten Struktur einer modernen Demokratie selbstständig zu orientieren.“¹⁵ Um ihr Ziel zu erreichen, brauchte man Öffentlichkeit, und dies hieß damals: eine Zeitung.

Die Wipog gründet eine Zeitung

Nach dem Krieg und dem Zusammenbruch der Wirtschaft hatte der ehemalige preußische Finanzminister, NS-Gegner und Emigrant Otto Klepper mit Gleichgesinnten wie dem ersten hessischen Wirtschaftsminister Rudolf Müller, dem Frankfurter Oberbürgermeister Kurt Blaum und Ludwig Erhard die Wirtschaftspolitische Gesellschaft von 1947 (Wipog) gegründet. Die Gesellschaft wollte in einer planwirtschaftlich und sozialistisch orientierten

12 Wellmann: Soziale Marktwirtschaft (wie Anm. 9), S. 90, 104-141 u. S. 146 (Zitat).

13 Vgl. Anton Riedl: Liberale Publizistik für Soziale Marktwirtschaft. Die Unterstützung der Wirtschaftspolitik Ludwig Erhards in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und in der Neuen Zürcher Zeitung 1948/49 bis 1957. Regensburg 1992, S. 11.

14 Wellmann: Soziale Marktwirtschaft (wie Anm. 9), S. 168 f.

15 Was ist „Soziale Marktwirtschaft“ (wie Anm. 10).

Umwelt für die Marktwirtschaft werben. Dabei wollte man aber explizit nicht Gruppenegoismen der Industrie vertreten, sondern auf die „Entproletarisierung“ der Arbeiter, das heißt deren Teilnahme am wirtschaftlichen Erfolg, und eine gemeinwohlorientierte soziale Synthese der Interessen dringen. Der Staat habe nur dort zu intervenieren, wo der Wettbewerb versage und die freie Preisbildung behindert werde. Die Wipog sprach sich für globalen Freihandel aus und bejahte eine „arbeitsteilige Weltwirtschaft“.¹⁶

Das Bestreben, in die Öffentlichkeit hinein zu wirken und dafür eine entsprechende Tageszeitung zu gründen, traf mit Versuchen der Wiederbelebung der alten liberalen *Frankfurter Zeitung* zusammen. Erich Welter stand als FZ-Veteran, Berater der Mainzer *Allgemeinen Zeitung*, ordoliberaler Ökonomieprofessor und Wipog-Mitglied für beides. Das Kunststück, für das Zeitungsprojekt Förderer zu gewinnen, oblag Alexander Haffner, dem Vorsitzenden der Salamander AG in Kornwestheim. Im Grundsatzabkommen vom 28. September 1949 über das Kapital der dann am 12. Dezember gegründeten *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* GmbH, wurde vereinbart, dass der Mainzer Zeitungsverlag (MZV) mit 49.000 DM und die Wipog mit 51.000 DM das Stammkapital stellen würden. Beide Seiten verständigten sich darauf, dass die Mainzer *Allgemeine Zeitung* und *Wirtschaftsblatt* zwar weiter in ihren Lokalausgaben fortbestehe, jedoch ein großer Teil der Redaktion schrittweise ins benachbarte Frankfurt umziehen würde. Darüber hinaus verpflichtete sich die Wipog, ein Darlehen von 699.000 DM aufzubringen. Anfang 1950 konstituierte sich ein aus zehn Personen bestehender Förderausschuss mit Haffner an der Spitze. Der weitaus größte Teil der Förderer kam aus der verarbeitenden, aber auch der Grundstoff-Industrie (*Deutsche Vacuum Oel AG*, *Bahlsen Keksfabrik*, *Zellstofffabrik Waldhof*, *Ruhrgas Essen*). Später erhielten die Förderer ihre Einzahlungen über Anzeigenschaltungen (wohl nur teilweise) zurückerstattet.¹⁷

Wie die *Frankfurter Zeitung*, deren Linie von einer engeren Konferenz und deren Vorsitzendem bestimmt worden war, besaß die FAZ keinen Chefredakteur. Stattdessen wird sie seit ihrem Start kollegial von fünf (bisweilen auch sechs, heute vier) Herausgebern geleitet, die für einzelne Ressorts ver-

16 Siegfried Blasche: Die Gründungen der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft von 1947 e.V. und der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (1949). <<http://wipog.de/veranstaltungen/vortragsmanuskripte/>> (27.10.2016); Astrid von Pufendorf: Mut zur Utopie. Otto Klepper – ein Mensch zwischen den Zeiten. Frankfurt am Main 2015.

17 Rolf Martin Korda: Für Bürgertum und Business. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“. In: Michael Wolf Thomas (Hrsg.): Porträts der deutschen Presse. Politik und Profit. Berlin 1980, S. 81-96; Maximilian Kutzner: Der Salamander Generaldirektor und das Frankfurter Weltblatt — Alex Haffner und die frühen Jahre der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. In: Kornwestheimer Geschichte, Beiträge 2016, S. 37-45; Friedemann Siering: Zeitung für Deutschland. Die Gründergeneration der „Frankfurter Allgemeinen“. In: Lutz Hachmeister/Friedemann Siering (Hrsg.): Die Herren Journalisten. Die Elite der Deutschen Presse nach 1945. München 2002, S. 35-86.

antwortlich sind. Dies waren zunächst Erich Welter, der zugleich als Professor Volkswirtschaftslehre an der Universität Mainz lehrte, ferner Hans Baumgarten, Erich Dombrowski, Karl Korn – sie kamen mit Welter von der *Allgemeinen Zeitung* – und Paul Sethé.

Der habilitierte Volkswirt Welter war für die Wirtschaft, Korn für das Feuilleton samt Literatur, die übrigen für die Politik zuständig. Wie den Redakteuren im Anstellungsvertrag schon in der Präambel klargemacht wurde, bestimmten die Herausgeber die „geistige, politische und wirtschaftspolitische Haltung“.¹⁸ In ihrem Kollegium wurden Personalia, auch die Ab- oder Neuberufung von Herausgebern, im Zweifel mit der Mehrheit der Anwesenden entschieden. Die Herausgeber waren gleichgestellt und hielten kleine Anteile an der Zeitung. Trotzdem waren einige gleicher. Dies gilt vor allem für Erich Welter. Kraft seiner Autorität und seiner langen Tätigkeit hatte Welter ein besonderes Gewicht – er amtierte von der Gründung 1949 bis 1980 als Herausgeber der Zeitung, von 1978 bis zu seinem Tod 1982 als Vorsitzender der Gesellschafterversammlung. Bis heute wird er als einziger Gründungsherausgeber im Impressum genannt. Bei gewichtigen strittigen Fragen brauchte freilich auch er den Rückhalt der Geschäftsführung und der Mehrheit seiner Herausgeberkollegen.

Aus analytischer Perspektive ist es erstaunlich, wie robust die Wipog und dann die Herausgeber die Unabhängigkeit der Zeitung gegen Interventionen von außen durchsetzten. Einer der wichtigen Förderer, Otto Seeling, Vorsitzender der Deutschen Tafelglas AG (DETAG), beschwerte sich etwa 1950, dass der Jesuit Oswald von Nell-Breuning in der FAZ für die Mitbestimmung plädieren durfte und an anderer Stelle die Gewinne seines eigenen Unternehmens zu stark herausgestrichen worden seien.¹⁹ Otto Klepper wies derartige Beschwerden als Geschäftsführer zurück. Gleichwohl war ein Konflikt zwischen Herausgebern, Wipog und Förderern von Anfang an in der Konstruktion der Zeitung angelegt. So stieß Klepper selbst auf Gegenwehr, wenn er in die Redaktionsbelange eingreifen wollte – und das wollte er. Die „sozialreaktionären und restaurativen Tendenzen“ und das „nationale Ressentiment“, welche Klepper in der Zeitung ausmachte, waren aber nur ein Aspekt der Trennung von der FAZ, die Klepper und die Wipog 1951 vollzogen. Klepper hatte auch einen von ihm gewünschten Chefredakteur nicht durchsetzen können. Er übergab die Geschäftsführung im Sommer 1950 an Werner Hoffmann von der Zellstoff Waldhof, und die Wipog trat am 18. Oktober 1951

18 Siehe das Muster des Anstellungsvertrages in: BArch N 1314, Nr. 414.

19 Astrid von Pufendorf: Otto Klepper (1888-1957). Deutscher Patriot und Weltbürger. München 1997, S. 269.

ihre Anteile an die neu gegründete Allgemeine Verlagsgesellschaft ab (als deren Anteilseigner die wichtigsten Förderer fungierten).²⁰

Die FAZ hatte große Anfangsschwierigkeiten. Es gab vielfältige Konkurrenz in Gestalt der Lizenzblätter und der Neugründungen nach Aufhebung des Lizenzzwangs im September 1949. Das wirtschaftliche Umfeld war mit steigenden Verbraucherpreisen und hoher Arbeitslosigkeit sowie einem hohen Zinssatz und steigenden Papierkosten alles andere als günstig. Die Redaktion war unterbesetzt und forderte den wenigen Redakteuren alles ab.²¹ Bei einer monatlichen Deckungslücke von 60.000 DM erwog Klepper im Frühjahr 1950 sogar, die Zeitung einzustellen und legte im September einen Konkursantrag vor.²² Ende 1952 erreichte die Zeitung dann aber doch noch die Rentabilitätsgrenze, zwischenfinanziert von amerikanischen Geldern. Der Wachstumsschub der Zeitung seit Ende 1950 und der Personalaufwuchs von 14 (1949) auf mehr als 100 Redakteure und Korrespondenten (1955) konsolidierten das Unternehmen. Selbst der stets die FAZ mokant begleitende *Spiegel* bestaunte 1959 die Zeitung mit ihren „imponierenden Anzeigen-Plantagen“.²³ Zur Gesundheit trug ein ausgewogener, nämlich hälftiger Erlös aus Anzeigen und Vertrieb in den 1950er Jahren bei. Da der Anzeigenmarkt im Frankfurter Raum schon von der *Frankfurter Rundschau* und der *Neuen Presse* dominiert war, musste die FAZ sich in einem schwierigen Markt behaupten. Für die Frühphase sind große Anzeigen der Illustrierten *Quick*, dann aber auch des *Spiegel* und von Daimler-Benz für Mercedes zu beobachten. Daneben findet man Werbung für Alkoholika und Rauchwaren, aus dem Förderkreis vor allem das moderne flächige Logo von Salamander, das besonders ganzseitig seine Wirkung entfaltete. Dann gelang der Aufbau eines großen Stellenmarktes, welcher der dicken Samstagsausgabe ihr charakteristisches Gewicht und entsprechende Sperrigkeit verlieh. 1960 umfasste er bereits weit mehr als hundert Seiten.

In den sechziger Jahren verschob sich der Erlös wie bei anderen Blättern immer mehr Richtung Anzeigen, hin zu einem Verhältnis von ca. einem Drittel Vertriebserlöse und zwei Dritteln Anzeigenerlöse, was die Zeitungen in den rezessiven siebziger Jahren krisenanfällig machte, denn bei Anzeigen spart die Wirtschaft als erstes.²⁴ Im Digitalzeitalter nach der Jahrtausendwende brachen die Anzeigen, vor allem die Stelleninserate, dann ins Internet

20 Kurt Pritzkoleit: Wem gehört Deutschland. Eine Chronik von Besitz und Macht. Wien 1957, S. 216-228; von Pufendorf: Otto Klepper (wie Anm. 19), S. 249, 256-259, 278; Sieiring: Zeitung für Deutschland (wie Anm. 17), S. 74 f. Vgl. auch Klaus D. Schulz: Unternehmerinteresse und Wirtschaftssystem. Beiträge der Unternehmer zur politischen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt am Main 1986.

21 Heinz Brestel: Als die Aktien im Keller waren. In: FAZ, 30.10.1999, S. 15.

22 Riedl: Liberale Publizistik (wie Anm. 13), S. 70.

23 *Der Spiegel*, 25.2.1959, S. 26.

24 Korda: Bürgertum und Business (wie Anm. 17), S. 82.

weg und führten zusammen mit sinkenden Auflagenzahlen zur strukturellen Zeitungskrise.

Die *FAZ* hatte schon in der ersten Nummer ihre Unabhängigkeit proklamiert. Im Anstellungsvertrag wurde sie in der Präambel fixiert.²⁵ Die Unabhängigkeit wurde zum entscheidenden symbolischen Kapital der Zeitung, hinter der kein mächtiger Verleger oder Konzern stand. Haffner ersann zur Sicherung dieser Unabhängigkeit die Konstruktion der FAZIT-Stiftung, in die er am 22. April 1959 die Allgemeine Verlagsgesellschaft mbH überführte. Die Förderer wurden zu Stiftern, was Haffner einige Überzeugungsarbeit kostete.²⁶

Das Wirtschaftsressort

Da ein Teil der Belegschaft bei der Gründung der Zeitung zunächst weiterhin am Druckort Mainz arbeitete, verfügte die Wirtschaftsredaktion in Frankfurt zunächst nur über den Ressortleiter Jürgen Eick und den jungen Börsenjournalisten Heinz Brestel. Ferner gehörten noch Hans Roeper sowie die Redakteure Hans Herbert Goetz und Peter Sporck zum Ressort. Kein Wunder, dass man tricksen musste, wenn der geschätzte Wirtschaftsminister und als Wipog-Vorstand letztlich auch Mitgründer der Zeitung zu Besuch war und sein Wohlwollen über die Belegschaft ausgießen wollte.²⁷

Der erste Wirtschaftsleitartikel von Ressortchef Jürgen Eick, der das zweite Buch der Zeitung einleitete, trug nicht nur den programmatischen, bis heute leitmotivisch variierten Titel „Am Grabe der freien Wirtschaft?“. Er präsentierte auch die ebenfalls bis heute charakteristische Absage an regulierende Zwangsmaßnahmen in kritischer Aufnahme von Thesen aus der Wirtschaftswissenschaft.²⁸

Das Wirtschaftsressort wurde dann von Welter zügig ausgebaut, Korrespondentenplätze etwa in Bonn und Düsseldorf sowie auch im Ausland und in Brüssel bei den Europäischen Gemeinschaften wurden eingerichtet. Die neuen Journalisten wurden dabei nicht nach einem einheitlichen Schema rekrutiert. Im Ressort bildete sich vielmehr durch Diskussion und Vorbildwirkung eine Linie des Ordoliberalismus heraus, die nicht zur Debatte stand. Wie viele Zeitzeugen berichten, war das Wirtschaftsressort eine verschworene Gemeinschaft, eine Herrenrunde, in welcher spätestens nach Redaktions-

25 Siehe das Muster des Anstellungsvertrages in: Barch N 1314, Nr. 414.

26 Vgl. dazu die Würdigung Welters am 28.4.1965 in der Sitzung des Kuratoriums der FAZIT-Stiftung in: Alex Haffner: Aufzeichnungen. Frankfurt 1966, S. 246 f.

27 Brestel: Als die Aktien (wie Anm. 21), S. 15; Siering: Zeitung für Deutschland (wie Anm. 17), S. 65 f.

28 J.E. [= Jürgen Eick]: Am Grabe der freien Wirtschaft? In: *FAZ*, 1.11.1949, S. 9.

schluss auch reichlich dem Alkohol zugesprochen wurde. 1958 war die Wirtschaftsredaktion bereits personell geradezu überbesetzt, man gründete nun den teuren „Blick durch die Wirtschaft“ aus, der bis 1998 ein spezielleres Wirtschaftspublikum bediente.²⁹

Das Wirtschaftsressort konnte im Ganzen als Teil der berühmten, kurios betitelten „Brigade Erhard“³⁰ verstanden werden, einer Gruppe von Journalisten, welche Ludwig Erhard und seinen Kurs unterstützten. Aufschlussreich sind die Häufigkeit der Referenzgrößen, weil sie positive oder negative Identitätsmarker darstellen. Die Nennung der ordoliberalen Gallionsfiguren Ludwig Erhard und Walter Eucken steigt in ihrer Häufigkeit in der FAZ, je mehr die allgemein gesellschaftliche Erinnerung an sie verblasst, weiter an Bedeutung, was die These einer stabilen Identität der Zeitung untermauert.³¹

Die FAZ schaute dabei immer wieder nach Amerika. Otto Seeling brachte 1952, von einer Amerikareise kommend, dem FAZ-Leser amerikanische Schlüsselbegriffe wie *Teamwork*, *Researchman*, *Public-Relations*, *Labour Relations* und *Manager* näher. Gut gefiel ihm, dass sich die amerikanischen Gewerkschaften in „keine Angelegenheiten der Betriebsführung“ einmischten und dass die Marktwirtschaft als die „allgemein gültige Form der Wirtschaft“ gelte. Seeling monierte dabei durchaus auch, dass die soziale Vorsorge nur privat abgedeckt sei und die Zustände in den Fabriken Mängel aufwiesen. In der grundlegenden Ausrichtung maß er den USA aber eine Vorbildfunktion zu.³²

Die ordoliberalen Standhaftigkeit der Zeitung zeigte sich besonders in der Kartelldebatte, die sich über die gesamten 1950er Jahre hinzog. Kartelle setzen die freie Preisbildung außer Kraft und sind daher, so die ordoliberalen Lehre, Gift für die Marktwirtschaft. Die Frage stellte sich nun, mit welcher Schärfe der Staat der Kartellbildung entgegentreten solle. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) unter Fritz Berg versuchte mit Blick auf die von ihm vertretene Großindustrie gezielt, Lobbying zugunsten einer weicheren Linie in der Kartellgesetzgebung, einer sog. „Missbrauchsgesetzgebung“, zu betreiben. Dabei setzte der BDI die ordnungspolitisch, das heißt

29 Meldung des BDZV vom 22.7.1998, <http://www.bdzb.de/nachrichten-und-service/branchennachrichten/artikel/detail/faz_stellt_blick_durch_die_wirtschaft_ein/> (3.4.2017).

30 Die Bezeichnung war eine nur durch das nicht exakte Homonym (Homophon) gerechtfertigte Anspielung auf die „Brigade Ehrhardt“, die als Freikorps in der frühen Weimarer Republik als Anhängerschaft des Kapitäns Hermann Ehrhardt entstanden war und in Fortführung als „Organisation Consul“ eine erstaunlich stabile Anhängerschaft während der Weimarer Republik besaß, bis sie gegen den Widerstand ihres Führers zwangsweise in die SS überführt wurde. Mitglieder dieser Organisationen (Ernst von Salomon) waren an der Ermordung von Reichsaubeminister Walther Rathenau und weiteren politischen Morden beteiligt. Inhaltlich hatten also beide Gruppen keine Berührungspunkte. Die Bezeichnung steht aber für den forschenden Umgangston der Nachkriegszeit.

31 Dies ergaben Frequenzanalysen des Digitalarchives der FAZ.

32 Otto Seeling: Was mir in Amerika aufgefallen ist. In: FAZ, 24.6.1952, S. 9.

für eine strikte Verbotsgebotsgesetzgebung argumentierende *FAZ* unter Druck. Der Verband nutzte dafür eine eigens gegründete Zeitung und finanzierte und beauftragte Journalisten, in seinem Sinne über das Kartellgesetz zu berichten, ohne direkt mit dem Verband in Verbindung gebracht werden zu können.³³

Der Konflikt der *FAZ* mit dem BDI, welcher der Zeitung immer wieder kaum verhohlen mit Anzeigenabzug drohte und dafür auch unter seinen Mitgliedern warb, setzte sich bei der Aufwertungsdebatte 1960 und dann wieder 1969 fort. Der BDI sah den Export durch eine Aufwertung gefährdet, warnte vor Umsatzeinbußen und Arbeitslosigkeit, die *FAZ* sah dagegen die Preisstabilität bei Nicht-Aufwertung bedroht. Zweimal jährlich trafen sich die Spitzen von *FAZ* und BDI in Frankfurt und Köln. Dabei flogen zwischen Erich Welter und Fritz Berg, aber auch zwischen Fritz Ullrich Fack³⁴ und BDI-Kartellreferent Arno Sölter die Fetzen, zumindest in einem Falle auch die Gläser: Welter zerschlug während einer Gesprächspause in einem Nebenraum eine Glaspyramide, was die Kombattanten etwas zur Besinnung brachte.³⁵ Sowohl im März 1961 als auch im Oktober und Dezember 1969 wurde die Deutsche Mark dann tatsächlich aufgewertet.

Auseinandersetzung mit 1968 und der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik der siebziger Jahre

Die Revolte von 1968 ging auch an der *FAZ* nicht vorüber, man befand sich ja in Frankfurt gewissermaßen im Zentrum des Geschehens. Im Feuilleton brachte Günther Rühle den Forderungen der Studenten und Schüler viel Verständnis entgegen. Für das Wirtschaftsressort setzte sich ein Redakteur der ersten Stunde, Hans Herbert Götz, welcher der Freiburger Schule entstammte, mit dem Idol der Studentenbewegung, Herbert Marcuse, auseinander. Dessen Buch „Der eindimensionale Mensch“ (zuerst 1964 erschienen) und die Studien zur repressiven Toleranz avancierten zu den Referenzschriften der 68er. Nach Götz handelte es sich bei Marcuses Fundamentalkritik um eine hochmütige *Ex-Cathedra*-Lehre, die volkswirtschaftlich ignorant und unseriös sei. Sie setze den Wohlstand, den es zu verteilen gebe, einfach voraus. Götz beschrieb eine Verfallslinie von Adorno und Benjamin zu Marcuse und dann zu dessen Lesern. Diese hielt Götz für „kritiklos nachbetende Studenten“ und „militante Soziologen“, die bereit seien zuzuschlagen, wie Götz

33 Vgl. Riedl: Liberale Publizistik (wie Anm. 13), S. 217-292.

34 Vgl. Fritz Ullrich Fack: Die deutschen Stahlkartelle in der Weltwirtschaftskrise. Untersuchung über den ökonomisch-politischen Einfluss ihres Verhaltens und ihrer Marktmacht auf den Verlauf der großen deutschen Staats- und Wirtschaftskrise. Diss. Berlin 1957.

35 Bericht von Fritz Ullrich Fack in einem Gespräch mit dem Verfasser am 1. Juli 2016 in Bad Honnef.

im Angesicht der Straßenschlachten in diesen Tagen schrieb. Wenn Marcuse die falschen Bedürfnisse kritisire, stelle sich die Frage, wer über die Bedürfnisse zu entscheiden habe. Am Ende würde darüber in „faschistischen Strukturen“ entschieden. Götz gab also den omnipräsenten Faschismusvorwurf an die Urheber zurück. Er versuchte aber insofern die Systemkritiker anzusprechen, indem er nicht nur Verständnis für Marcuses Erfahrung mit der amerikanischen „affluent society“ und für die Kritik an „quasi-feudalen Positionen und Praktiken“ in Gesellschaft und Universitäten äußerte, sondern auch einen gemeinsamen Feind beschwore: Ende der Wohlstand nämlich in Arbeitslosigkeit und Inflation, dann schlage das Pendel nach rechts aus, und dort, so Götz, stehe immer noch „der Feind dieser Demokratie.“³⁶

Dieser Versuch eines Integrationsangebotes wurde von der Linken freilich nicht angenommen. Nach der Publikation seines Artikels korrespondierte Götz ausführlich mit dem linken Suhrkamp-Cheflektor Walter Boehlich, der die FAZ und Götz scharf kritisierte und für Marcuse und die Studentenbewegung optierte. Es zeigte sich dabei auch ein gravierender Unterschied in der Sprache. Während Götz moderat und bedächtig formulierte und eine mangelnde Diskussionskultur beklagte, bezeichnete Boehlich die Unionsparteien umstandslos als „NSCDU“ und „NSCSU“ und war zu keinen Zugeständnissen bereit.³⁷ In der Praxis konnte übrigens auch Boehlich in seinem Unternehmen, dem Suhrkamp-Verlag, ein demokratisches Mitspracherecht der Lektoren nicht durchsetzen. Das scheiterte im Herbst des symbolischen Jahres 1968 und Boehlich verließ nach der gescheiterten Revolte gegen den persönlich haftenden Gesellschafter Siegfried Unseld mit seinen Getreuen den Verlag.³⁸

In den 1970er Jahren kam es dann tatsächlich zu Inflation und Arbeitslosigkeit – eine Million Arbeitslose hielt man damals für eine exorbitante Zahl. Die Rezepte zu ihrer Bewältigung kamen aber weiter von links, die sozialliberale Koalition hatte zudem die Regierungsbank erobert. Walter Hamm, akademischer Schüler Welters und seit 1963 Volkswirtschaftsprofessor in Marburg, der Zeitung eng als Autor und Kuratoriumsmitglied der FAZIT-Stiftung verbunden, trat damals immer wieder der Grundsatzkritik an der Marktwirtschaft mit großen Artikeln in der FAZ entgegen. Im Zeichen der Stagflation nach dem Erdölschock, Investitionszurückhaltung und Export von Arbeitsplätzen erklärte Hamm die strukturelle Arbeitslosigkeit vorran-

36 Hans Herbert Götz: Die Hölle des Professor Marcuse. In: FAZ, 13.7.1968, S. 17.

37 Götz an Boehlich, 25.7.1968; Boehlich an Götz, 22.8.1968. In: Deutsches Literaturarchiv Marbach (DLA), SUA: Suhrkamp/03 Lektorate.

38 Karl Heinz Bohrer: Das Beispiel Suhrkamp. In: FAZ, 13.11.1968, S. 28; Sandra Kegel: Nacht der langen Messer. In: FAZ, 20.10.2010, <http://www.FAZ.net/aktuell/feuilleton/suhrkamp-1968-nacht-der-langen-messer-11055058.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2> (3.4.2017).

gig mit einer kurzsichtigen Wirtschaftspolitik. Hamm hielt die Zulassung der Inflation zugunsten einer kurzfristigen Vollbeschäftigung ebenso für einen Fehler wie die Umverteilung zu Lasten der Unternehmen, die Ausweitung der Abgabenlast und der Lohnnebenkosten ebenso wie die Ausdehnung des Kündigungsschutzes, der Neueinstellungen erschwere. Nicht der Ölpreisschock sei das Grundproblem, da Hamm Gewöhnungsprozesse ausmache, und schon gar nicht die Marktwirtschaft an sich, sondern die fehlgeleiteten wirtschaftspolitischen Interventionen.³⁹

Hamm artikulierte in seinen Artikeln Mitte der siebziger Jahre viele Positionen und Themen, welche das „Wirtschaftsbuch“ weiter prägten und welche bis heute aktuell erscheinen. So rügte er die Anreize, welche das Kinder geld und die über dem heimischen Lohn liegenden Sozialleistungen auf ausländische Familien ausübe. Auch der von Hamm konstatierte Druck auf die Bundesrepublik, Exportüberschüsse abzubauen, ist ein brandaktuelles Thema. Interessanterweise empfahl Hamm bereits die Prüfung von Vorschlägen, wie sie dann Ronald Reagan befolgte: die Senkung von Steuern als Mittel, um nachhaltig die Steuereinahmen zu steigern wie die Arbeitslosigkeit zu verringern und die Ausgaben des Bundes über verminderte Zuschüsse an die Bundesanstalt für Arbeit zu senken.⁴⁰

Vorbilder Reagan und Thatcher?

Waren die Ideologie der 1968er und die sozialdemokratische Regierungspolitik der siebziger Jahre Negativfolien für die Berichterstattung der *FAZ*, so stellt sich die Frage, wie die radikalen „neoliberalen“ Reformprogramme Thatchers und Reagans begleitet wurden. Als Ronald Reagan mit einem radikalen Programm für Steuersenkung und „Entregulierung“ antrat, berichtete Hans Jürgensen, seit 1972 Wirtschaftskorrespondent der *FAZ* in New York, eher abwartend und skeptisch, da das wirtschaftspolitische Umfeld mit Rekorddefiziten im Haushalt und hoher Inflationsrate für Reagans „Konservative Revolution“ nicht eben günstig sei.⁴¹ Hinsichtlich des Haushaltsdefizits sollte er Recht behalten, denn dieses amortisierte sich durch das tatsächlich einsetzende hohe Wirtschaftswachstum nicht.

Die radikalen Steuersenkungen im *Economic Recovery Tax Act* vom August 1981, wodurch die Einkommenssteuern in drei Schritten in drei Jahren um 23 % und der Spaltensteuersatz von 70 % auf 50 % gesenkt wurde, be-

39 Walter Hamm: Strukturelle Arbeitslosigkeit. In: *FAZ*, 19.7.1975, S. 9.

40 Ders.: Schafft die Marktwirtschaft Arbeitslosigkeit. In: *FAZ*, 25.6.1976, S. 13; ders.: Dauerarbeitslosigkeit und Verteilungspolitik. In: *FAZ*, 14.12.1976, S. 11.

41 Hans Jürgensen: Warten auf Ronald Reagan. In: *FAZ*, 6.11.1980, S 13.

zeichnete Jürgensen als „tollkühn“. Die Steuerausfälle sollten auf lange Sicht durch das dadurch stimulierte Wirtschaftswachstum kompensiert werden, auf kurze Sicht wurde von einer vorherigen unrealistisch hohen Projektion der Steuereinnahmen ausgegangen. Der vormalige Austeritätsbefürworter Reagan mauserte sich mit seinen Steuersenkungen und der drastischen Erhöhung des Verteidigungsetats mit einem stetig steigenden Haushaltsdefizit zu einer Art Super-Keynesianer, Jürgensen bezeichnete das Ergebnis als „Misere“.⁴² Die Aufgabe der monetaristischen Politik, welche die Notenbank während der Regierungszeit Jimmy Carters eingeführt hatte, bestätigte dies, denn, so der FAZ-Korrespondent, der kommende Aufschwung werde nachfrageorientiert sein. Jürgensen empfahl Kürzungen im Verteidigungsetat und eine Streichung der nächsten Runde der Steuersenkung. Aus der Feder eines FAZ-Redakteurs im Allgemeinen war Ersteres, aus der Feder eines Vertreters des Wirtschaftsressorts im Speziellen Letzteres durchaus nicht erwartbar.⁴³

Die Einschätzung der Wirtschaftspolitik Reagans änderte sich seit 1984 dann deutlich zum Positiven. Jürgensen kehrte nach Deutschland ins Düsseldorfer Büro der Zeitung zurück, denn er tauschte die Position mit Hugo Müller-Vogg, der seit 1977 bei der FAZ war. Der promovierte Volkswirt war – und ist – ein überzeugter Marktwirtschaftler und begegnete der Reagan-Revolution mit Sympathie. Auch er übersah das Haushaltsdefizit nicht, kritisierte aber schon von Deutschland aus das sozialdemokratische „Ideal einer gelenkten Wirtschaft“, das den „Zerrbildern von den Folgen der britischen und amerikanischen Wirtschaftspolitik“ gegenübergestellt werde.⁴⁴ Nach der triumphalen Wiederwahl Reagans 1984 zog Müller-Vogg dann aus New York eine sehr positive Bilanz der Reagan-Revolution, auch wenn er erneut auf das hohe Haushaltsdefizit hinwies. Aber Reagan gehe das Problem nun beherzt an – im Endeffekt gelang der Ausgleich trotz des *Deficit Reduction Act* von 1984 und des *Tax Reform Act* von 1986 freilich nicht. Müller-Vogg maß der Reagan-Revolution mit Steuersenkungen, Entbürokratisierung, Preisstabilität und hohem Wirtschaftswachstum samt sieben Millionen neuer Arbeitsplätze gleichwohl durchaus Vorbildfunktion für eine Gesellschaft zu, in welcher nicht „Sozialbürokraten Wohltaten zuteilen, sondern mündige Wirtschaftsbürger ihre Chancen wahrnehmen“.⁴⁵

Müller-Vogg deutete auch die Reagansche Politik anders als Jürgensen, nämlich nicht als eine Spielart des Keynesianismus, sondern als angebotsorientierte Stärkung der Investitionsbereitschaft und Entfesselung des Wettbewerbs. Für ihn gab es letztlich schlechte Schulden, welche die „Versorgungsmentalität der Bevölkerung“ fördern, und gute Schulden, welche „Leistungs-

42 Ders.: Reagans kühnes und riskantes Spiel. In: FAZ, 15.2.1982, S. 13.

43 Ders.: Hoffnungen in Amerika. In: FAZ, 21.10.1982, S. 13.

44 Hugo Müller-Vogg: Ein neuer Feldzug gegen die Marktwirtschaft. In: FAZ, 6.5.1982, S. 13.

45 Ders.: Die Reagansche Revolution, zweiter Teil. In: FAZ, 9.2.1985, S. 1.

anreize finanzieren.⁴⁶ Müller-Vogg bewunderte die Konsequenz und den Mut der Reaganschen Politik, die auch der eigenen Klientel einiges an Subventionskürzungen und Streichungen von Abschreibungsmöglichkeiten zuließ.⁴⁷ In Kontrast dazu zeichnete er die Mutlosigkeit der deutschen Unionsparteien.⁴⁸ Die Steuerpolitik Reagans wurde von Müller-Vogg nicht mehr wie von seinem Vorgänger als „tollkühn“, sondern als „mutig“ bezeichnet. Auch das Kalkül der Steuerpolitik der Reagan-Administration hielt er nicht für widerlegt, da das Aufkommen der Einkommenssteuer trotz der Kürzungen zwischen 1981 und 1987 um 60 % gestiegen sei, das der Körperschaftssteuer um 30 %. Das Problem habe im überproportionalen Anstieg der Staatsausgaben im selben Zeitraum gelegen.⁴⁹

Müller-Vogg war ein nicht unkritischer, aber doch sehr ausgeprägter Sympathisant Reagans, der ihn wie die Amerikaner insgesamt nicht nur gegen deutsche, sondern auch gegen Vorwürfe aus der amerikanischen Gesellschaft selbst verteidigte, etwa gegen die Forderungen der amerikanischen Bischöfe nach staatlichen Beschäftigungsprogrammen und öffentlichen Investitionen. Spitz merkte er hier an, dass „den Bischöfen im Grunde eine ordnungspolitische Konzeption“ fehle – sicherlich kein exklusiv amerikanisches Problem und sicher kein Problem nur der 1980er Jahre.⁵⁰

Wie es der Konzeption der *FAZ* entsprach, brachte es der Wirtschaftskorrespondent mit seinen Leitartikeln bisweilen auf die Seite eins der Zeitung, die von allen Ressorts beliefert wird. Gleiches gilt für den Beobachter der Thatcher-Revolution, den Londoner Wirtschaftskorrespondenten Jochen Rudolph. Die Lage in Großbritannien und die auf sie reagierende Politik war im Vergleich mit den USA nur auf den ersten Blick ähnlich. Thatcher hielt am Monetarismus fest, für sie stand die Begrenzung der Geldmenge und die Bekämpfung der Inflation samt Haushaltsdisziplin an erster Stelle. Entsprechend ließ das Wirtschaftswachstum länger auf sich warten. Zudem besaßen die Gewerkschaften eine starke Macht, an der die Vorgänger Thatchers gescheitert waren.

Immer wieder verteidigte Rudolph in seinen Leitartikeln im Grundsatz die Wirtschaftspolitik der Regierung Thatcher gegen „untaugliche Alternativen“, die auch von Konservativen ventiliert wurden. Die Negativfolie war für ihn die gescheiterte Politik des Premierministers Edward Heath, der zu viele Kompromisse gemacht und marktwirtschaftliche Prinzipien über Bord gescheitert waren.

46 Ders.: Womit Reagan die Wahl gewinnen will. In: *FAZ*, 31.10.1984, S. 13.

47 Ders.: Die Reagansche Revolution, zweiter Teil. In: *FAZ*, 9.2.1985, S. 1.

48 Ders.: Der amerikanische Traum und „Armut in Amerika“. In: *FAZ*, 31.5.1985, S. 13 und 31.10.1987, S. 15.

49 Hugo Müller-Vogg: Amerikas mutige Steuerpolitik. In: *FAZ*, 24.6.1988, S. 13.

50 Ders.: Die angeblich herzlose Gesellschaft und Moral und ökonomisches Gesetz. In: *FAZ*, 11.9.1984, S. 13 und 23.11.1984, S. 1.

worfen habe. Allerdings stilisierte Rudolph Thatcher nicht zum Vorbild für die Bundesrepublik, die Verhältnisse mit der systemoppositionellen Bergarbeitergewerkschaft und des weniger von Föderalismus und Vetospelern geprägten politischen Systems waren in Großbritannien auch anders gelagert.⁵¹ Eher zog er eine Linie zur deutschen Wirtschaftswunderzeit mit der „Politik des knappen Geldes“ und den damaligen „Warnungen der neoliberalen Schule vor ‚deficit spending‘ und allzu großzügiger Kreditexpansion“.⁵²

Zudem sah Rudolph das politische System Großbritanniens, den Rahmen der Wirtschaft, als im Vergleich zur Bundesrepublik defizitär an, er konstatierte einen zu hohen Grad der Gewaltenverschränkung und monierte das Fehlen einer geschriebenen Verfassung mit fixierten Individualrechten und einem Verfassungsgericht. Rudolph dachte dabei vornehmlich an die Beschniedung der Gewerkschaftsrechte, die in diese eingriffen.⁵³ Trotz des unruhmlichen Abschieds Thatchers, den Rudolph angesichts des Desasters, in dem der Plan einer kommunalen Kopfsteuer endete, konstatierte, beobachtete der Londoner Korrespondent am Ende der Ära Thatcher die „Früchte einer mutigen Wirtschaftspolitik“. Den Thatcherismus hatte er als eine „Erfolgsformel“ und die „Freiheit“ als sein Etikett bezeichnet.⁵⁴ Rudolph wie Müller-Vogg arbeiteten beide mit starken Begriffen, mit denen sie die liberalen Bannerträger der achtziger Jahre beschrieben und hervorhoben.

Fazit

Die FAZ trug, so ist zu resümieren, maßgeblich dazu bei, die Soziale Marktwirtschaft sprachlich und inhaltlich in der politischen Kultur zu verankern – auch die SPD bekannte sich schließlich zu ihr, und selbst Sarah Wagenknecht beruft sich heutzutage auf den Ordoliberalismus.⁵⁵ Vor allem prägte die FAZ als Leitorgan der Wirtschaft die Verbände und Unternehmen, die sich allmählich zur Sozialen Marktwirtschaft bekannten und damit schon in der Kartelldebatte nicht mehr geschlossen einen gruppenegoistischen Standpunkt einnehmen konnten. Interessanterweise steigt nicht nur die Frequenz

51 J. Rh. [= Jochen Rudolph]: Untaugliche Alternative. In: FAZ, 14.1.1981, S. 13; ders.: Margaret Thatchers maßvolles Budget. In: FAZ, 17.3.1983, S. 11; ders.: Feuerprobe für Margaret Thatcher. In: FAZ, 13.7.1984, S. 13. Zu den „Vetospelern“ vgl. Andreas Wirsching: Abschied vom Provisorium 1982-1990. München 2006, S. 208-222.

52 Jochen Rudolph: Wie „Eisern“ ist die Lady? In: FAZ, 12.10.1984, S. 13.

53 Ders.: Defizite einer alten Demokratie. In: FAZ, 18.4.1985, S. 1.

54 Ders.: Thatcherismus eine Erfolgsformel; Freiheit – das Etikett des Thatcherismus und Die Früchte einer mutigen Wirtschaftspolitik. In: FAZ, 6.10.1987, S. 13, 6.1.1988, S. 11 und 21.11.1990, S. 17.

55 Vgl. Sarah Wagenknecht: Freiheit statt Kapitalismus. Über vergessene Ideale, die Eurokrise und unsere Zukunft. Frankfurt am Main 2012.

der Namensnennung Hayeks in der *FAZ* an, sondern auch diejenige von Keynes. Dies deutet darauf hin, dass sich die *FAZ* immer wieder mit den großen Wirtschaftstheoretikern des 20. Jahrhunderts, gleich welcher Observanz, beschäftigt. Diese Beschäftigung mit Keynes ist keineswegs durchgehend polemisch geprägt. Der spätere Herausgeber Fritz Ullrich Fack entstammte einer keynesianischen Schule in Berlin und war ebenso wenig wie sein Kollege Walter Kannengießer etwa bei der Frage der dynamischen Rente so streng ordoliberal ausgerichtet wie Welter oder Eick. Ihn störte auch weniger das *deficit spending* der antizyklischen Konjunkturpolitik als das Fehlen des Gegenstücks: Im Aufschwung, so die Theorie, sollte ja eine Konjunkturreserve angelegt werden, was gerne von den Politikern vergessen wurde und wird. Die Errichtung und Arbeit des Bundeskartellamtes, eine typisch ordliberale Institution, unterstützte er aber engagiert und beharrlich und begegnete auch der Globalsteuerung Karl Schillers skeptisch. Herausgeber Jürgen Tern war gegenüber der Wendung zu Keynes dagegen sehr aufgeschlossen, im Streit um die Neue Ostpolitik musste er 1970 freilich demissionieren.⁵⁶

Bei Adenauer waren Ordoliberales aus nachvollziehbaren wahltaktischen Gründen nicht gut gelitten. Kohl sah später über die Dauerkritik an seiner Sozialpolitik mit der Bemerkung, er wolle nicht den Ludwig-Erhard-Preis, sondern Wahlen gewinnen, souveräner hinweg.⁵⁷ Nach einer kurzen Anwandlung Angelas Merkels auf dem Leipziger CDU-Parteitag 2003 und der Agenda 2010 ist nach der Finanz- und Eurokrise und dem Bestsellererfolg von Thomas Piketty das Klima der Marktwirtschaft gegenüber wieder ungünstig, wie an der nur zögerlichen Diskussion über Steuerentlastungen trotz anhaltender Haushaltsüberschüsse und dem Streit um CETA und TTIP deutlich wird. Die *FAZ* wirft sich auch hier, wie man am Beispiel der Kritik an Pikettys berühmter Gleichung sehen kann, in die Bresche.⁵⁸ Mit wieviel Erfolg ist freilich wie schon beim Kartellgesetz Ansichtssache. In Anlehnung an eine Einschätzung von Franz Josef Strauß über Helmut Kohl könnte man aus Perspektive der *FAZ* formulieren: Im ganz Großen und Ganzen ist die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik weiterhin eine marktwirtschaftliche, die Probleme beginnen im Detail.

56 Fritz Ullrich Fack in einem Gespräch mit dem Verfasser am 1. Juli 2016 in Bad Honnef.

57 Ebenda.

58 Patrick Bernau: Die Reichen werden immer reicher, die Armen immer ärmer. Was für ein Unsinn. In: *FAZ*, 24.8.2016, S. 1; Thomas Piketty: Das Kapital im 21. Jahrhundert. München 2014.

